



Odenwald-Tauber-Ticker

+++ Erfeld: Die zwei letzten der fünf zulässigen Windräder werden 201
Ortschaftsrat tagte: In Gottersdorf wurde über einen Antrag des Walldürner Gemeinderats debattiert

Geplante Abschaffung der Teilortswahl sorgte für Unmut

Gottersdorf. Voll besetzt war am Freitag das Bürgerhaus zur öffentlichen Ortschaftsratssitzung. Erster Tagesordnungspunkt war der Antrag des Gemeinderates auf Abschaffung der "Unechten Teilortswahl". Nachdem Ortsvorsteherin Peper den Antrag von SPD, DCB, WBV und der WAL verlesen hatte machte sich der erste Unmut breit. Die Bürger wollten sich schon gleich zu Wort melden und ihrer Wut und Enttäuschung Luft machen. Bevor in die Beratung eingetreten wurde, verlas Peper das Schreiben des Bürgermeisters zur Sitzverteilung und erklärte die Hintergründe. Schnell war man sich einig, dass die drei aufgeführten Punkte nur als fadenscheinig zu beurteilen sind, die wahren Gründe lägen wohl in parteipolitischen Wurzeln.

Dass Walldürn und die Ortsteile schon erfolgreich zusammengewachsen wären, könne so nicht stattgefunden haben, wenn heimlich, still und leise solche Anträge formuliert werden. Solche eine tiefgreifende Entscheidung könnte nur am runden Tisch vollzogen werden und auch nur wenn die betroffenen Ortsteile einverstanden sind. Das würde auch das "Zusammengehören" erst möglich machen.

Nach einer Abschaffung der "Unechten Teilortswahl" würde es in Gottersdorf keinen Gemeinderat mehr geben, also kein Mitbestimmungsrecht im Gremium. Gerade in den kleinen Ortsteilen würde es ungleich schwer sein auf die entsprechende Stimmzahl zu kommen. Eine gerechtere Aufteilung der Sitze kann es in Zukunft nie geben, da nur noch wenige Sitze von den Ortsteilen besetzt werden könnten und somit zwangsläufig manche ohne Vertreter aus der Wahl gehen.

Ob es nicht sogar völlig ungleich sein wird, bliebe dahingestellt, nämlich dann, wenn selbst ein großer Ortsteil kein oder nur einen Vertreter stellen könnte. Peper stellte fest, man werde nichts unversucht zu lassen, um diesen Antrag zu Fall zu bringen.

Es seien sich noch nicht alle Gemeinderäte darüber im Klaren, was die Abschaffung des garantierten Sitzes im Gemeinderat für die Ortsteile bedeutet, so Peper weiter. Es könne darüber im Vorfeld nicht viel in den Fraktionen gesprochen worden sein, da nicht mal über den "Buschfunk" etwas zu hören war. Was auch zeige, dass man heimlich, ohne die Einbeziehung der Betroffenen, möglichst viele Fraktionen für diesen Antrag gewinnen wollte. Man ahnte wahrscheinlich schon, dass die Wellen der Empörung hochschlagen würden.

"Ich bin schlichtweg enttäuscht, dass man uns vonseiten der Gemeinderäte der

Kernstadt einfach fallenlassen will", so Ortschaftsrätin Sabine Hohlfeld. "Als Bürger, Steuerzahler, ehrenamtlich Tätiger ist man gut, aber mitbestimmen sollen wir nicht mehr dürfen! Das kann auf keinen Fall so hingenommen werden." Darüber war man sich einig und will die ablehnende Haltung dem Gemeinderat übermitteln. Das Gremium wird am 30. November beraten.

Das Thema wurde bei der Bürgerfragestunde rege diskutiert. "Wenn, dann müsste aus der unechten Teilortswahl eine echte Teilortswahl werden", so Stefan Blum, dass auch jede Ortschaft ihren eigenen Vertreter bestimmen könne. Nach kurzer Diskussion hatte man sofort den Vorschlag : "Eine Demo, einen Aufmarsch mit Plakaten, Trillerpfeifen, mit Traktoren und schwerem Gerät, das sei die richtige Antwort auf die Unverfrorenheit, die aus der Kernstadt komme". Nichts wolle und dürfe man unversucht lassen, "um zu zeigen, dass wir noch da sind, dass wir für unser Mitbestimmungsrecht, das unsere Väter und Großväter damals eingefordert haben, kämpfen", so Ute Peper.

Mit allen Ortschaften wolle man sich solidarisieren. Die Ortsvorsteherin versprach, sich um Absprachen mit anderen Ortsteilen und Modalitäten zu kümmern und diese sodann den Bürgern weiterzugeben.

Fränkische Nachrichten

27. Oktober 2009

Adresse der Seite: <http://www.fnweb.de/service/archiv/artikel/684541499.html>